

**ES GILT DAS GESPROCHENE Wort,  
SPERRFRIST 20.12.2018, 16:00 Uhr**

**Haushaltsrede 2019 gehalten von  
Werner Lindermeier, Unabhängige Wählergemeinschaft Gütersloh  
am 20. Dezember 2018 im Rat der Stadt Gütersloh**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

nach den Haushaltsreden von Herrn Bürgermeister Schulz und Frau Lang im Rat am 12.10.2018 verließen wir gut gelaunt das Rathaus. Wir ließen den Abend bei einem Glas Wein ausklingen und diskutierten - aufgrund der gehörten positiven Zahlen - über einen Antrag zur Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer.

Erwartete Gewerbesteuereinnahmen von ca. 100 Millionen Euro, liquide Mittel in Höhe von gleichfalls 100 Millionen Euro sowie eine Ausgleichsrücklage, die zum Jahresende ebenfalls die 100 Millionen Euro erreicht.

Steuerkonjunktur sei Dank!

Die Realität holte uns allerdings schnell ein, als wir uns in der Fraktion den Haushaltentwurf 2019 und die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung näher ansahen und feststellten, dass die zukünftigen Haushalte der Stadt Gütersloh strukturell nachhaltig nicht ausgeglichen sind, da die Personalkosten, die Transferkosten, die Sach- und Dienstleistungen weiter überproportional im Vergleich zu den Erträgen steigen.

Der Haushalt für das Jahr 2019 ist zwar in der Momentaufnahme strukturell ausgeglichen aber eben nicht auf mittlere Sicht, was vor dem Hintergrund des hohen Investitionsvolumens mit seinen Folgekosten von großer Relevanz ist.

Bei einer normalisierten -aber trotzdem noch guten- Konjunkturlage, die sich in jährlichen Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Höhe von 80 bis 85 Mio. Euro widerspiegelt, befinden sich dieser und zukünftige Haushalte, strukturell bewertet, in einem deutlichen Ungleichgewicht.

Die Fortsetzung einer ungebremsten Kosten- und Ausgabenexplosion in den Aufgaben und Leistungen der Verwaltung und in den städtischen Betriebseinrichtungen und Beteiligungen haben eine schiere und fixe Größe geschaffen, die ein eigenständiges Gestaltungs- und Abfederungspotenzial bei veränderter Konjunkturlage für die Zukunft schwierig macht.

Es ist für unsere Fraktion nicht ersichtlich, dass für eine wegbrechende Steuerkonjunktur notwendige Vorkehrungen getroffen wurden. Es sei denn, man plant bei den verbleibenden hohen und jährlich weiter steigenden Aufwendungen und Investitionen eine Anhebung der steuerlichen Hebesätze auf die in den nächsten Jahren festzulegenden fiktiven Hebesätze mit ein. Diese Absicht schließt eine Anmerkung im HH-Entwurf 2019, dass der Hebesatz für die Grundsteuer in Gütersloh am unteren Level liege, offensichtlich nicht aus.

Jede Risikobetrachtung außer Acht zu lassen und eine maßvolle, für alle Ressourcen verkräftbare Haushaltsentwicklung zu vernachlässigen, das darf nicht sein.

Die außergewöhnlich hohe Ausgleichsrücklage, die derzeit hohen Steuereinnahmen sowie die hohe Liquidität dürfen uns nicht davon abhalten immer wieder in Zwischenschritten zu konsolidieren. Ein Begriff, der offensichtlich aus der Mode gekommen ist. Wie notwendig solche Konsolidierungsschritte sind, die man auch als eine Verkräftungspause für die städtischen Ressourcen verstehen kann, wird an den ständig weiter steigenden Überhängen nicht genutzter Investitionsmittel und unbesetzter Stellen deutlich.

Wenn man hohe Investitionsblöcke von Jahr zu Jahr vor sich herschiebt mit Ermächtigungsübertragungen von 20 Mio. Euro, also rund einem Drittel des geplanten jährlichen Investitionsvolumens, wenn man Investitionsstaus in den städtischen Infrastrukturaufgaben permanent beklagt und nicht gelöst bekommt, wenn man auf 2019 projiziert, 135 Stellen nicht besetzen kann aber weiter neue Planstellen anfordert, wenn man in der Digitalisierung der Verwaltungsarbeit hinterherhinkt, dann hat man gravierende strukturelle Probleme, die sich nicht mit einer gefüllten Haushaltskasse wegargumentieren und lösen lassen.

Die überdurchschnittlich guten Haushaltsergebnisse sind Auswirkungen einer einmaligen Steuerkonjunktur, eine Momentaufnahme, die nicht nur die seit Jahren anhaltende überproportionale Kostenentwicklung im Stadthaushalt überdeckt, sondern dazu verleitet, eine auf Kontinuität, also langfristig ausgewogene Haushaltspolitik aus den Augen zu verlieren.

Der Konjunkturalltag wird kommen!

Nicht unbegründet haben Bundesregierung und Wirtschaftswoche ihre Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt 2019 deutlich gesenkt. Der Hinweis von IHK-Präsident Meier-Scheuven vor wenigen Wochen beim Jahresempfang der Kammer hat noch einmal sehr deutlich gemacht, dass die Konjunktursorgen in einzelnen Branchen auch bei uns vor Ort wachsen. Das sei eine leise Warnung, die dazu aufrufe, auf Risiken zu achten.

Die Struktur der Gewerbesteuerzahler der Stadt - einige wenige große Einzahler - zeigt auf, welche Risiken entstehen können, wenn ein Unternehmen durch Konjunkturschwankungen oder durch Wettbewerbsprobleme nur noch geringere Gewerbesteuer zahlt oder es zu Rückerstattungen kommen wird.

Die Analysen belegen, dass es zu einer weiteren Ausweitung in den Personalkosten zu Lasten der nächsten Haushalte kommen wird.

Die intergenerative Gerechtigkeit des Haushaltes können wir vor allem bei der ungelösten Frage zur Finanzierung der dramatisch steigenden Pensionslasten nicht erkennen. Die Altersversorgung der städtischen Beamtinnen und Beamte ist eine tickende Zeitbombe zukünftiger Haushalte. Und das ohne jede finanzielle Vorsorge für die Pensionsverpflichtungen der Stadt von prognostizierten 130 Millionen Euro zum 31.12.2019. Bereits heute belasten ergebnismäßig etwa 14 Millionen Euro jedes Jahr den Gütersloher Stadthaushalt mit Aufwendungen für die Rückstellungsbildung und laufenden Leistungen an Versorgungsempfänger. Wie soll ein zukünftiger Haushalt das bei normalen Steuereinnahmen verkraften?

Die bisherige Finanzierung der Pensionen aus dem laufenden Haushalt wird wegen des demografischen Wandels und der steigenden Pensionslasten ohne eine Aufstockung der Fremdverschuldung (Kreditaufnahme) zukünftig nicht mehr möglich sein. Es muss also für eine nachhaltige Haushaltswirtschaft und im Sinne der Generationengerechtigkeit eine finanzielle Vorsorge getroffen werden. So hätte längst ein Teil der hohen städtischen liquiden Mittel in ein Versorgungskonzept fließen können.

Seit drei Jahren haben wir es mit einem Investitionshaushalt zu tun, der nur auf Expansion mit hohen Folgekosten für die Stadt ausgerichtet ist.

Die in der Vergangenheit nicht gelungene Personalaufstockung von Fachkräften hat bisher und wird auch in der Zukunft deutliche Mehrausgaben bei den Vergaben von Leistungen und durch Preissteigerungen verursachen.

Die städtischen Ressourcen -besonders im Personalbereich- sind und werden in jeder Hinsicht überfordert und auf lange Sicht blockiert sein.

Es darf nicht sein, dass klare politische Vereinbarungen über die Begrenzung des mittelfristigen Investitionsvolumens von Jahr zu Jahr ignoriert und unkommentiert beiseitegeschoben werden. War 2017 in der mittelfristigen Investitionsplanung noch ein maximaler Richtwert von 204 Mio. Euro vereinbart, wird mal eben so über Nacht ein neues Investitionsvolumen von 286 Mio. Euro veranschlagt.

Die wichtigsten und großen Beteiligungen der Stadt enthalten Chancen wie auch Risiken.

Risiken sehen wir sowohl beim Konversionsprozess Flughafen GmbH, als auch bei den Stadtwerken –Thema Glasfaserausbau – und bei der Zukunft der Klinikum Gütersloh gGmbH.

Wir, die UWG Fraktion Gütersloh, sehen unsere Stadt leider nicht gut gerüstet für die anspruchsvollen Zukunftsaufgaben. Die Personalpolitik hat sich an den strategischen Herausforderungen der Haushaltspolitik zu orientieren und nicht an parteipolitischen Begehrlichkeiten für beliebige Projekte, nur weil die Haushaltskasse mal gerade gefüllt ist.

Die Versäumnisse einer langfristig nicht nachhaltig ausgerichteten Haushaltspolitik werden uns -auf jeden Fall aber die uns nachfolgende Generation- in den nächsten 3 bis 5 Jahren eingeholt haben. Die UWG Gütersloh wird dem Haushalts-Entwurf 2019 und der mittelfristigen Planung bis 2022 der Stadt Gütersloh nicht zustimmen.

Für die UWG Fraktion Gütersloh

Stand: 20.12.2018